

sonnenklar!



Foto: Alpen-Initiative

20. Februar 1994: UrnerInnen freuen sich über den Sieg der Alpen-Initiative. Vor 20 Jahren hat die Schweizer Stimmbevölkerung der Alpen-Initiative zugestimmt – und vor zehn Jahren sagte sie deutlich Nein zu einem zweiten Gotthard-Strassentunnel. Nun liegen neue Pläne für eine zusätzliche Röhre auf dem Tisch – diesmal unter dem Deckmantel der Sanierung. Ein neuer Autotunnel untergräbt den Alpenschutz und die Verlagerungspolitik.

Der Volkswille wird mit Füßen getreten



von
Evi Allemann,
Nationalrätin

Die Schweizer Bevölkerung hat bereits mehrfach klargemacht, dass sie keine zweite Röhre am Gotthard will. Diesen Volkswillen gilt es zu respektieren, zumal der Bau einer zweiten Röhre die bisherige Verkehrspolitik untergräbt und im schlimmsten Fall die Verlagerungspolitik scheitern lässt. Ist der Tun-

nel einmal gebaut, steht er für viele Jahrzehnte in Beton gegossen.

Einspurig: Ein schlechter Scherz

Dass Bundesrat und Parlament die zwei neuen Spuren nicht voll nutzen wollen und gesetzlich die Kapazität auf eine Spur pro Rich-

tung limitiert werden soll, tönt nach einem schlechten Scherz. Man gräbt doch nicht im Ernst für über zwei Milliarden Schweizer Franken einen neuen Tunnel mit zwei Spuren, um ihn dann nur einspurig zu befahren. Der Druck wird enorm sein, bei Engpässen die zweite Spur zu öffnen. Einmal erstellte Kapazi-

täten werden früher oder später auch genutzt. Wer etwas anderes behauptet, streut den Leuten Sand in die Augen.

Neue Strassen haben noch immer mehr Verkehr angezogen. Und dieser Mehrverkehr ist gleich in mehrfacher Hinsicht problematisch: Der Alpenschutz wird mit Füssen getreten, die Umwelt- und Lärmbelastung in den betroffenen Tälern steigt und die Verkehrssicherheit nimmt ab. Gerade das Sicherheitsargument der Tunnelbefürworter entpuppt sich bei näherem Hinsehen als falsch. Die Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu sagt in einem Positionspapier zur Verkehrssicherheit im Gotthard-Strassentunnel (Road Safety Impact Assessment) klar: Bereits ein durch die doppelten Spuren im Gotthard-Strassentunnel verursachter Mehrverkehr von drei Prozent (entspricht 500 Fahrzeugen/Tag) macht den Sicherheitsgewinn der zwei Röhren wieder zunichte. Zudem muss das Unfallrisiko des Mehrverkehrs nicht nur im Tunnel selber, sondern auf der gesamten A2 ausserhalb des Tunnels berücksichtigt werden. Wer effektiv in die Sicherheit investieren will, muss dafür sorgen, dass die gefährlichen Lastwagen aus dem Strassentunnel verbannt werden und auf einer sogenannten rollenden Landstrasse verkehren.

Ist der Gotthard-Bahnbasistunnel vergebens?

Diese hätte genügend Platz, denn im Jahr 2016 wird der neue Gotthard-Basistunnel eröffnet. Dieser wird neue Kapazitäten auf der Schiene schaffen und die Nord-Süd-Verbindung viel attraktiver machen, als sie schon ist – für den Personenverkehr ebenso wie für den Güterverkehr. Dieses Bauwerk hat historische Dimensionen: Es wird nicht nur der längste Eisenbahntunnel der Welt sein, sondern auch ein Meilenstein für die Verlagerungspolitik der Schweiz. Baut man in Konkurrenz dazu zusätzlich einen neuen Strassentunnel, senkt man damit die Wirtschaftlichkeit der NEAT und nimmt in Kauf, dass diese zur Fehlinvestition des Jahrhunderts werden könnte. Wer die

Verlagerung von der Strasse auf die Schiene erfolgreich fortführen will, muss Schienen bauen, nicht neue Strassen.

Noch ist der Bau eines zweiten Strassentunnels nicht beschlossen. Erst jüngst hat die Verkehrskommission des Nationalrates den Entscheid vertagt, weil sie von der Verwaltung weitere Abklärungen zu einer Tunnelgebühr haben will. Eine isolierte Tunnelgebühr ist kaum der richtige Weg, denn sie würde zu Umwegverkehr über den San Bernardino und den Simplon führen sowie einzelne Regionen wie das Tessin stark benachteiligen. Doch der Entscheid zeigt, dass zu Recht grosse Bedenken bezüglich der Finanzierung dieses milliarden-teuren Lochs bestehen.

Der Strassentunnel wäre sehr teuer

Diese Zweifel werden unter anderem genährt durch eine neue Studie des Bauplanungsbüros Helbling, die im Auftrag des Bundesamts für Strassen ASTRA erstellt wurde. Sie zeigt, dass die Sanierungsvariante ohne zweite Röhre auch auf lange Sicht klar kostengünstiger ist als der Bau einer zweiten Röhre. Die Sanierungsvariante ohne zweite Röhre ist also sowohl aus ökologischer Sicht wie auch mit Blick auf die Kosten und den Nutzen vernünftiger. Dank eines Verlags von Autos und Lastwagen auf die Bahn ist das Tessin jederzeit erreichbar.

Das Geld würde besser in den Agglomerationen investiert: Auf gewissen Streckenabschnitten verstopfen bis zu 130 000 Fahrzeuge pro Tag die Strassen. Durch den Gotthard fahren täglich im Schnitt lediglich 17 000 Fahrzeuge. Das ist verglichen mit dem Verkehrsaufkommen in den Agglomerationen wenig. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur müssen dort erfolgen, wo effektiv Verkehrsprobleme bestehen und wo die Pendlerströme täglich zu Verkehrschaos führen.

Sollte das Parlament dem Bau einer zweiten Röhre im Herbst trotzdem definitiv zustimmen, gibt es nur eins: Wir ergreifen das Referendum. Denn wir brauchen keine zweite Gotthardröhre, sondern den Schutz der Alpen und kluge Konzepte für eine nachhaltige Mobilität.

Arbeitskreis «sonnenklar!»

Der Arbeitskreis «sonnenklar!» will die Energie- und Umweltpolitik der SP Schweiz bekannt machen und umsetzen. Er setzt sich aus Energie- und Umweltfachleuten der SP-Fraktion der Bundesversammlung sowie weiteren interessierten Fachleuten zusammen. Die Spendeneinnahmen von «sonnenklar!» werden zweckgebunden für politische Kampagnen und Projekte in der Energie- und Umweltpolitik eingesetzt.

Bisher wurden folgende Vorhaben und Organisationen mit finanziellen Beiträgen unterstützt:

- SUFO – Sozial- und Umweltforum Ostschweiz
- «Bern erneuerbar» (Abstimmung vom 3. März 2013)
- Allianz Nein zu neuen AKW
- Verein Landschaftsinitiative
- Komitee Mühleberg-Verfahren
- Lancierung und Einreichung der Cleantech-Initiative der SP
- Einsprache gegen das Gesuch um eine unbefristete Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg
- Klima-Initiative (von der SP mitlanciert)
- Verein Klima-Initiative
- SP-Energiegipfel «erneuerbar statt atomar»
- Erarbeitung des Perspektivpapiers der SP Schweiz «Sicher und effizient umsteigen: Unterwegs zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien»
- «KLAR! Schweiz» für die Unterstützung der Expertise von John Large zum so genannten Entsorgungsnachweis der Nagra
- Finanzierung eines juristischen Gutachtens «Mitsprache beim Bau neuer AKW»
- Beitrag für die Allianz «JA zur Initiative für den öffentlichen Verkehr»
- Verein Nein zu einer zweiten Gotthardröhre



Foto: Keystone

Viele Cleantech-Branchen sind auf das Fachwissen von ElektronikerInnen angewiesen: Studenten einer Fachhochschule.

Die Entwicklung und Förderung von sauberen Technologien verändert auch die Berufswelt. Die Berufsausbildung in der Schweiz muss sich diesen Veränderungen stellen und ihre Bildungsgänge anpassen. Sie schafft mit qualifizierten Ausbildungen eine gute Basis für eine nachhaltige Wirtschaft.

Für Berufe mit Zukunft



von Jacques-André Maire, Nationalrat

Der Verband swisscleantech schreibt: «Cleantech umfasst branchenübergreifend alle Produkte, Dienstleistungen und Prozesse bzw. Businessmodelle und vorgelagerten Wertschöpfungsstufen, die einen Beitrag zu einer nachhaltigen Wirtschaft leisten. Dies betrifft im Wesent-

lichen die Ressourceneffizienz, die Verminderung von Schadstoffen und sonstigen negativen Umwelteinflüssen sowie eine Entwicklung in Richtung einer Kreislaufwirtschaft – bei gleichbleibenden oder verbesserten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Faktoren. Der Leitgedanke ist dabei eine Wirtschaft, die einer «Best Practice» in Sachen Nachhaltigkeit entspricht.»

Diese sehr breit gefasste Definition macht deutlich, dass Cleantech heute jede menschliche Aktivität betrifft. In diesem Sinn müssten alle Berufsstände Überlegungen und Verhaltensweisen implemen-

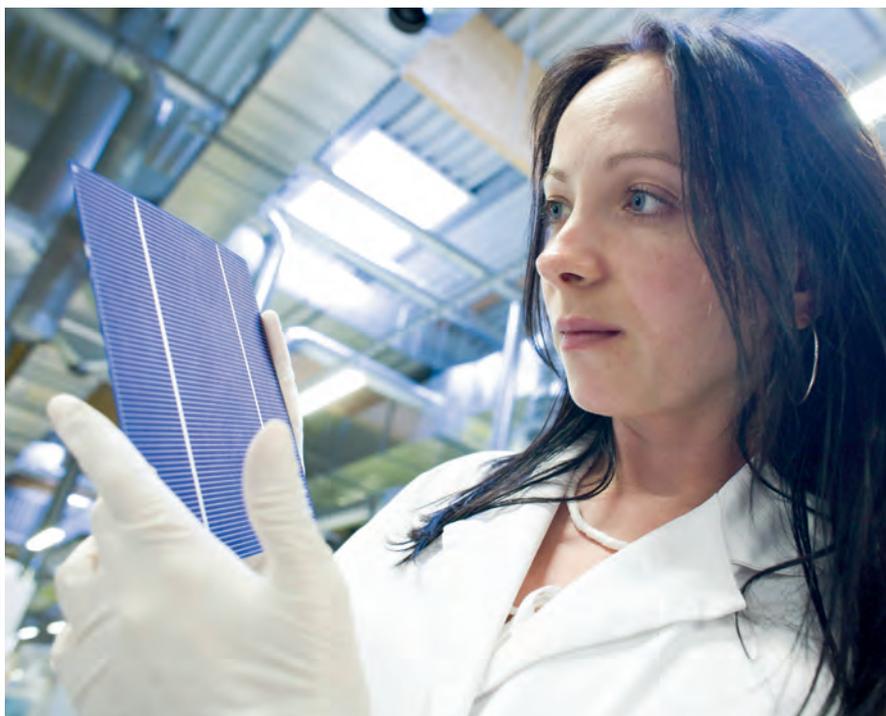
tieren, die eine nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft fördern.

Umweltziele in der Berufsbildung

Die für die Berufsbildung verantwortlichen Stellen, nämlich Bund, Kantone und Berufsverbände, sind sich dieser Tatsache bewusst und integrieren in alle neuen Bildungsverordnungen und Lehrpläne «Umweltziele» als Ergänzung der Ziele in Bezug auf den Erwerb des beruflichen Grundwissens. Da besteht die Hoffnung, dass die künftigen Berufsleute eine Kultur der

Nachhaltigkeit entwickeln und ihr Wissen entsprechend einsetzen!

Über diese allgemeinen Aspekte hinaus schafft die Entwicklung und Förderung von sauberen Technologien neue Berufe und neue Arbeitsplätze – dies vor allem in der Wiederverwendung von Ressourcen und bei den erneuerbaren Energien. So sind an verschiedenen Hochschulen unseres Landes neue Studiengänge vor allem in den Ingenieur- und den Umweltwissenschaften entwickelt worden. Diese dürften den Mangel an qualifizierten Fachkräften lindern helfen, unter dem Unternehmen der



Eine Technikerin prüft die Qualität einer Solarzelle. Solche SpezialistInnen sind in Zukunft gefragt.



Ein Lehrling justiert eine Absorptionskälteanlage, die aus Solarwärme Kälte gewinnt. Auch bewährte Branchen wie das Sanitärgerwerbe brauchen neue, gut ausgebildete Kräfte.

Cleantech-Branchen leiden. Weiter dürften dadurch Forschungs- und Innovationsprojekte beschleunigt werden.

Der Mangel an Fachkräften betrifft jedoch nicht nur hoch qualifizierte SpezialistInnen. Auch Unternehmen der Bausanierung oder der Montage von erneuerbaren Energiesystemen fehlen Fachkräfte.

Neues Image für bewährte Branchen

Diese Branchen beklagen sich seit längerem über ein schlechtes Image, das ihre Berufe bei jungen BerufseinsteigerInnen haben. Für

die entsprechenden Berufsausbildungen sind mehr KandidatInnen zu gewinnen. Es sind also grosse Anstrengungen erforderlich, um eine Imagekorrektur zu erreichen und diese Berufe in Richtung neuer Technologien und Umweltschutz zu positionieren.

Darüber hinaus sollten die Berufsverbände und Berufsbildungszentren rasch Weiterbildungsmodule anbieten, um Berufstätigen die Möglichkeiten der Cleantech-Berufe näherzubringen. Dies ist unerlässlich, um die Unternehmen auf die Herausforderungen der neuen Technologien einzustimmen. In diesem

Sinn haben die Unternehmen ein Interesse daran, die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden zu fördern und zu unterstützen.

Diese Massnahmen sind aber auch für die Allgemeinheit von grösster Bedeutung: Sie schaffen mit qualifizierten Ausbildungen eine gute Basis für eine nachhaltige Wirtschaft und sie ermöglichen der Schweiz eine erfolgreiche Umsetzung der Energiestrategie 2050.



Der Hof von Fritz Sahli in Uettligen bei Bern. Seine Photovoltaik-Anlagen auf dem Stall, der Scheune und dem Wohnhaus liefern Strom für 65 Haushalte.

Foto: Stefan Hunziker

Wenn sich die Schweizer Landwirtschaft wieder auf das besinnt, was sie einmal auszeichnete, wird sie gewinnen: die effiziente Bereitstellung von erneuerbarer Energie.

Eine Chance für die Schweizer Landwirtschaft



von
Beat Jans,
Nationalrat

«Ich bin nicht nur Landwirt und Tierwirt», sagt Fritz, «ich bin auch Energiewirt.» Fritz Sahli bewirtschaftet 31 Hektaren bestes Agrarland in Uettligen bei Bern. Er produziert dort Eier, Fleisch, Getreide, Kartoffeln, Gemüse und seit Kurzem auch Elektrizität. Auf den Dächern von Wohnhaus, Scheune und dem grossen Freilaufstall hat er Photovoltaik-Anlagen installiert, die Strom für rund 65 Haushalte liefern. Fritz Sahli ist überzeugt, dass das für die Bauern der Weg der Zukunft ist. Und den Kühen ist es anscheinend auch recht, dass auf ihrem Dach Energie gesammelt wird. Es stört ihren Frieden in keiner Weise.

Seit Jahrtausenden liefern Land- und Forstwirtschaft die Lebensenergie der Menschheit in Form von Nahrungsmitteln und organischen Roh- oder Brennstoffen. Sie waren allein dafür verantwortlich. Erst mit der industriellen Revolution wurden sie von der Braunkohle- und später der Erdölindustrie abgelöst. Heute kommt der weit grösste Anteil

an verbrauchter Energie aus fossilen, also endlichen Quellen. Selbst die Landwirtschaft funktioniert heute nicht mehr auf erneuerbarer Basis. Denn mit dem Einsatz von Maschinen, Kunstdüngern und Pestiziden wird den Höfen mehr Energie zugeführt, als mit den Lebensmitteln abgeführt wird. Nachhaltig ist das nicht.

LandwirtInnen können auch EnergiewirtInnen sein

Umso erfreulicher ist es, dass immer mehr LandwirtInnen die Energiewende als Chance erkennen und wie Fritz Sahli auf die Produktion von erneuerbarer Energie setzen. Das Potenzial ist beträchtlich. Die Schweizer Landwirtschaft könnte bis 2030 Sonnenstrom für 250 000 Haushalte liefern. Hinzu käme Strom aus Biomasse für 90 000 Haushalte und aus Windanlagen auf Bauernbetrieben für weitere 100 000 Haushalte. Das schätzt Agrocleantech, eine Gesellschaft, die 2011 vom Bauernverband mitbegründet wurde. Neben Strom könnte die Landwirtschaft bis 2030 auch Wärme für gut 40 000 Haushalte liefern.

Was sich in der Schweiz dank der Energiewende abzeichnet, ist in Deutschland bereits Tatsache: Vor allem die ländlichen Regionen profi-

tieren von der kostendeckenden Einspeisevergütung, dem wichtigsten Förderinstrument der Energiewende. Eine im Januar vom Thünen-Institut veröffentlichte Studie zeigt, dass Einwohner in dünn besiedelten ländlichen Kreisen 2011 durchschnittlich 531 Euro Vergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für erneuerbaren Strom erhielten. In Grossstädten waren es nur 23 Euro pro Person. Immerhin 17 Prozent des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms kommen in Deutschland aus der Landwirtschaft. Dafür sind den bäuerlichen BetreiberInnen von solchen Energieanlagen im Jahr 2011 rund vier Milliarden Euro an Vergütungszahlungen zugeflossen.

Über vier Prozent des in Deutschland produzierten Stroms stammen aus bäuerlichen Betrieben. Und der Anteil wächst stetig. Die landwirtschaftliche Energiebilanz hat sich so zumindest im Bereich der Elektrizität ins Positive gedreht. Es fliesst wieder mehr raus als rein. Der Sektor Landwirtschaft produzierte in Deutschland bereits 2011 doppelt so viel Strom, wie er insgesamt verbrauchte.

Ländliche Schweizer Gebiete profitieren

Das wird auch in der Schweiz kommen, wenn die Energiewende

umgesetzt und die kostendeckende Einspeisevergütung nicht politisch kurzfristiger Ideologie geopfert wird. Die SP wird jedenfalls alles daransetzen, dass der Umstieg auf erneuerbare Energie gelingt und die gebeutelte Landwirtschaft dadurch ein neues, interessantes Geschäftsfeld erhält.

Fritz Sahli und viele andere Schweizer BäuerInnen haben dieses Geschäftsfeld bereits erschlossen und sie fahren gut damit. Die Familie Sahli liefert übrigens noch einen Beitrag an eine energiebewusste Landwirtschaft: Sie produziert biologisch. Da im Biolandbau 30 bis 60 Prozent weniger Düngernährstoffe eingesetzt werden, hat der Biolandbau im Vergleich zum Dünger-Input einen deutlich höheren Ertrags-Output. Das zeigt sich auch beim Energieverbrauch. Die gleiche Menge Bioprodukte kann durchschnittlich mit 19 Prozent weniger direkter und indirekter Energie angebaut werden als konventionelle oder integrierte Lebensmittel. Dieses Ergebnis brachte der DOK-Versuch hervor, ein seit 1978 in Therwil laufendes Forschungsprojekt der Forschungsanstalt für biologischen Landbau. Die SP setzt sich auch deshalb seit Jahrzehnten für die Förderung des biologischen Landbaus ein.



Foto: Keystone

Ein Supertanker fasst 340 Millionen Liter Erdöl. Pro Jahr verbraucht die Schweiz den Inhalt von 41 solcher Schiffe (entspricht 14 Milliarden Liter). Sie bezahlt dafür 10,5 Milliarden Dollar an ausländische Lieferanten.

Die Schweizer Bevölkerung wird zu 80 Prozent aus nicht erneuerbaren Quellen mit Energie versorgt. Geliefert wird diese Energie vollständig aus dem Ausland. Angesichts der Entwicklungen in der Ukraine wird klar, dass wir schnellstens auf einheimische erneuerbare Energien umstellen sollten.

Energiewende: Die Antwort auf endliche Ressourcen



von
Jürg Buri,
Geschäftsführer
Schweizerische
Energie-Stiftung

Die fossilen Energien sind zur wichtigsten Ressource des industriellen Zeitalters geworden. Mit Erdöl, Erdgas und Uran sind knapp 80 Prozent der Schweizer Energieversorgung nicht erneuerbar. Und wir sind heute vollständig vom Ausland abhängig, denn die fossilen und atomaren Energierohstoffe werden alle importiert – für ein Trinkgeld: Jeder Schweizer Durchschnittshaushalt gibt für Strom und Wärme ganze 1,3 Prozent des Haushaltsbudgets aus.¹ Das wird sich zwangsläufig ändern.

Zeit des billigen Erdöls ist vorbei

Heute konsumieren wir pro Jahr viermal mehr Erdöl, als neu gefunden wird. Und dieses stammt zunehmend aus unkonventionellen

und damit teuren Quellen (heute: 20 Prozent). Die fossilen Energien werden knapper und als Folge werden sich die globalen Verteilungskämpfe in den kommenden Jahren rasant verstärken. Die Zeit des billigen Erdöls geht zu Ende.

Besonders betroffen davon ist die Mobilität, denn sie ist mit 96 Prozent Erdölanteil hochgradig abhängig von fossilen Quellen. Eine Studie² der Schweizerischen Energie-Stiftung SES zeigt, dass eine zügig umgesetzte Energiewende bei einem sehr wahrscheinlichen Erdöl-Hochpreisszenario bereits ab 2020 kostengünstiger ist als der Status quo.

Erdgasförderung geht zurück

Auch Erdgas ist keine Lösung. Deswegen konventionelle Förderung geht in Europa – ausser in Norwegen – seit Jahren zurück. Eine mögliche europäische Förderung von nicht konventionellem Erdgas kann diesen Rückgang quantitativ nie auffangen. Schon bei gleichbleiben-

dem Verbrauch müssten die Importe massiv erhöht werden. Nur, woher sollen diese kommen?

Ein Viertel des Gases, das wir in der Schweiz konsumieren, stammt aus Russland. Mehr darf es auch nicht sein, denn 80 Prozent der russischen Gaslieferungen nach Europa fließen durch die Ukraine, über die Putin seine eiserne Hand legt. Schon das eine oder andere Mal hat er «Politik mit dem Gas» betrieben. Gerade wieder hat der halbstaatliche Erdgaskonzern Gazprom angekündigt, den Preis für Gaslieferungen in die Ukraine um 43 Prozent zu erhöhen. Da werden Erinnerungen an die gedrosselten Lieferungen im Winter 2008/2009 wach.

2000 Watt als Ziel

Aus ressourcen-, sicherheits- und klimapolitischen Gründen muss die Energiezukunft 100-prozentig erneuerbar sein. Ein intelligenter Mix aus einheimischen erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und suffizientem Verhalten kann in Zukunft unsere Energieversorgung sicherstellen. Das macht uns unabhängig von labilen Energielieferanten und knapper werdenden Rohstoffen, schont Mensch und Umwelt und zahlt sich volkswirtschaftlich erst noch aus. Deshalb ist eine vorausschauende, politisch und ökonomisch gesteuerte Energiewende die Lösung. Der Weg in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft braucht starke ökonomische Anreize. Lenkungsabgaben oder eine ökologische Steuerreform sind die Instrumente erster Wahl. Energieintensive Produkte und Prozesse sollen teurer werden und der sparsame Einsatz von Energie muss sich lohnen.

Die Energiewende kommt so oder so. Je früher wir uns auf einheimische und saubere Energieträger besinnen, desto besser für unsere Umwelt, für unsere Volkswirtschaft und für unsere politischen Überzeugungen. «Für alle statt für wenige» gilt auch hier.

¹ Bundesamt für Statistik (Kennzahl Elektrizität des Hauptwohnsitzes)

² Beat Meier, «Kosten der (Nicht-)Energiewende», Winterthur, Juni 2013

Meine Umwelt ist mir etwas wert
Wenn Sie die umweltpolitischen Projekte der SP Schweiz unterstützen und «sonnenklar!» vierteljährlich erhalten wollen, senden Sie bitte Ihre Adresse an:
sonnenklar@spschweiz.ch



Impressum sonnenklar! erscheint viermal im Jahr in Deutsch und Französisch. Abonnement für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab Fr. 5.– für drei Jahre enthalten. Spenden: PC 30-66582-6, sonnenklar, 3001 Bern. **Herausgabe/Redaktion:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Fax 031/329 69 70, E-Mail sonnenklar@spschweiz.ch **Redaktion:** Jacqueline Badran, Nationalrätin; Didier Berberat, Ständerat; Pascale Bruderer, Ständerätin; Max Chopard, Nationalrat; Claudia Friedl, Nationalrätin; Chantal Gählinger, politische Fachsekretärin; Reto Gamma, Projektleiter Fundraising; Beat Jans, Nationalrat; Barbara Marty Kälin, alt Nationalrätin; Jacques-André Maire, Nationalrat; Nadine Masshardt, Nationalrätin; Roger Nordmann, Nationalrat; Eric Nussbaumer, Nationalrat; Rudolf Rechsteiner, alt Nationalrat; Silva Semadeni, Nationalrätin. **Redaktionelle Bearbeitung und Produktion:** Gallati Kommunikation, Zürich. **Gestaltung:** Purpur AG für Publishing und Communication, Zürich. Gedruckt in der Schweiz. **Auflage:** 50 000 Expl.



Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier. SWS-COC-2086
FSC® Trademark 1996. Forest Stewardship Council A. C.®